

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Fertigindustrie gegen Schutzzoll.

Für Meistbegünstigung und niedriges Preisniveau.

Düsseldorf, 23. Juni. (W.T.B.) Der Reichsbund der deutschen Metallindustrie fasste heute auf seiner Mitgliederversammlung folgende Entschliessung:

Die völlige Umstellung der weltwirtschaftlichen Verhältnisse der Nachkriegszeit und die Reparationskosten des Dawes-Planes zwingen zu einer gänzlich verändernden deutschen Wirtschaftspolitik. Die starke Passivität der Handelsbilanz, die Kapitalarmut der deutschen Wirtschaft, die Verluste vieler Rohstoffgebiete, sowie der starke Wettbewerb, der im Kriege und nach dem Kriege überall im Ausland entstanden ist, und der unter günstigeren Bedingungen arbeitenden Industriezweige zwingen dazu, dem Nachteil der deutschen Industrieerzeugung und der Ausfuhr der deutschen Fertig-Industrie begünstigtere Materialversorgung zu ermöglichen, um ihr, die allein auf dem Gebiete der Eisen und Metall verarbeitenden Industrie das Siebenfache an Arbeitskräften im Vergleich zur Rohstoffindustrie beschäftigt, die Wettbewerbsmöglichkeit auf den Auslandsmärkten zu erhalten, um die Einfuhr von Fertigerzeugnissen einzuschränken und um den inländischen Verbrauch, vor allem der Landwirtschaft, einen möglichst billigen Bezug zu sichern. Das Ziel der deutschen Wirtschaft muss daher gerichtet sein auf eine wesentliche Ermäßigung aller Rohstoff- und Halbfabrikate, auf eine Beseitigung aller kartellfördernden gewerblichen Maßnahmen, auf Erreichung günstiger Handelsverträge und auf Herabsetzung der Frachten. Der der Industrie zu gewährenden Zollschutz soll daher

grundsätzlich nur der Öffnung der Auslandsmärkte durch Gewährung der Meistbegünstigung und angemessener Vertragszölle, nicht aber der Hebung der Inlandspreise dienen.

Frisch-fröhlicher Wirtschaftskrieg gefällig?

Deutschnationale Angriffe gegen die Regierung.

Die Regierung hat den Versuch unternommen, durch die Einleitung von Verhandlungen über ein Handelsprotokoll mit Polen den Zollkrieg rasch zu beenden. Sie hat ein entgegenkommendes Angebot gemacht und darüber Besprechungen eingeleitet. Diese Methode ist richtig — trotz der fast provokatorischen Haltung der polnischen Regierung. Ein Zollkrieg würde nicht nur Polen, sondern auch die schlesische Industrie schwer schädigen.

Die deutschnationalen „Hamburger Nachrichten“ — eine Zeitung der stärksten Regierungspartei — finden das Vorgehen der Regierung „wieder mal unglücklich“. Sie reden von „all der leuchten Harmlosigkeit der Reichsregierung“ und höhnen gegen die Regierung: „Friedlich wie sie war gesonnen, trank sie ihren Kränchenbrunnen.“ Nach ihrer Ansicht müsste die Regierung sich benehmen wie der Ochse im Porzellanladen und einen frisch-fröhlichen Wirtschaftskrieg mit Polen auf die leichte Schulter nehmen.

Es muss ein Vergnügen sein, bei solcher Regierungspresse zu regieren!

Der Nationalrat soll entscheiden.

Keine klare Mehrheit beim Referendum.

Paris, 23. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialistische Fraktion tritt heute zu einer Sitzung zusammen, um die Resultate des Referendums festzustellen und sich über die Haltung, die die Fraktion gegenüber den für heute nachmittags angefügten Erklärungen Painlevés über Marokko einnehmen wird, klar zu werden. Die bis Montagabend eingegangenen Antworten verteilen sich auf die drei zur Abstimmung gestellten Resolutionen wie folgt: Compère-Morel 40, Renaudel 35, Auriant 12. Es standen noch 35 Stimmen aus, so daß es noch keineswegs sicher ist, ob die Resolution Renaudels oder die Compère-Morels an die Spitze gelangen wird. Jedenfalls dürfte keiner von beiden die absolute Mehrheit erhalten, und es wird unter diesen Umständen damit gerechnet, daß der Parteivorstand die sofortige Zusammenberufung des Nationalrats beschließen wird, die dann in letzter Instanz entscheiden wird.

Die Hölle der Schanghai Fabriken.

Amerikanische Zeugnisse.

In China herrscht noch die rohe Ausbeutung der Arbeiter, und hauptsächlich der Kinder, die charakteristisch ist für den Kapitalismus im Anfangsstadium und dessen Auswirkung in England noch zu Beginn des vorigen Jahrhunderts Marx und Engels sehr anschaulich geschildert haben.

Im vorigen Jahre wurde im Auftrag der Verwaltung des Fremdenviertels von Schanghai eine Kommission gebildet, die die Lage der Arbeiter in den Fabriken dieses Viertels studieren sollte.

Diese Kommission, der auch eine Anzahl Schanghai Fabriken angehörten, stellte fest, daß in den Betrieben des Europäerviertels nicht weniger als 22 500 Kinder unter zwölf Jahren beschäftigt waren.

Die Arbeitszeit betrug durchschnittlich 12 Stunden mit einer höchstens einstündigen Mittagspause.

In der Regel mußten die Kinder die gesamte Arbeitszeit, also 11 Stunden, stehend zubringen.

Die sanitären Verhältnisse ließen alles zu wünschen übrig. — Die Kinder werden meistens durch eine Art Werber aus der Provinz geholt. Für jedes Kind, das sie abgeben, erhalten die Eltern zwei mexikanische Dollars; der Werber verdient pro Kind vier Dollar. Kinder, die auf solche Weise „angeworben“ worden sind, bekommen überhaupt keinen Lohn.

Wena schon eine Kommission von Fabrikanten derartige Dinge berichtet, kann man sich leicht vorstellen, wie die Wirklichkeit aussieht. Aber die kapitalistische, vor allem die englische Presse Chinas, nahm nicht an diesen haarsträubenden Zuständen Anstoß, sondern an den höchst bescheidenen Reformvorschlügen der Kommission. Und als diese gar anregte, man solle die Beschäftigung von Kindern unter zehn Jahren den Fabrikanten verbieten, entzündete sich die Schanghaier englische Presse und schrieb, es sei unmoralisch, die Kinder armer Kulis zu hindern, ihren Eltern Geld zu verschaffen!

In der amerikanischen Zeitschrift: „The World to the Morning“ gibt Agathe Harrison einen anschaulichen Bericht über die Zustände in China. Sie schreibt:

„Wer sich mit eigenen Augen überzeugen will, wie Kinderarbeit, Nachtarbeit und überlange Arbeitszeit überhaupt sich auswirken, der muß in die Fabriken von Schanghai gehen. Ich habe um drei Uhr nachts eine der größten Spinnereien Schanghai besucht und werde den gräßlichen Anblick, der sich mir bot, nie vergessen. Männer, Frauen und Kinder konnten sich vor Müdigkeit kaum noch auf den Beinen halten. Die Luft war von den Ausdünstungen menschlicher Körper vergiftet. In Staub und Schmutz, unter den Maschinen, stand das Essen; in den Gängen lagen schlafende Säuglinge. Es ist befremdend, daß im 20. Jahrhundert solche Schrecknisse geduldet werden. Und die Folgen dieser Zustände? Hin und wieder eine solche Kata-

strophe in der englischen Presse: Gestern unterfuhrte man den Fall eines Knaben, der in der Fabrik ums Leben gekommen war. Es war nachts um vier Uhr, als er unter einer Maschine schlief, von dieser erfasst und getötet worden war. Außer einer solchen Notiz geschah nichts. Die Engländer lieben es zwar, oft von Christus zu reden — aber nicht bei derartigen Gelegenheiten.“

Soweit Agathe Harrison; ein anderer Amerikaner, J. W. Blips, berichtet ähnliches über die Seidenwebereien in Tschifu:

„Um die Seide in gutem Zustand zu erhalten, muß die Luft in den Spinnereien immer warm und feucht sein. Aus diesem Grunde werden Türen und Fenster nie geöffnet, so daß in den Räumen eine fürchterliche Atmosphäre herrscht: Der Dunst feuchter Seidenfäden und die Ausdünstungen von Menschen. Die Arbeiter, die man an ihrem blauen, tränklichen Aussehen sofort als Spinnereiarbeiter erkennt, arbeiten, essen und schlafen in demselben Raum.“

Theoretisch ist es zwar erlaubt, die Fabrik zu verlassen, aber anbetriebs der langen Arbeitszeit kommt praktisch keiner dazu. Die Arbeiter, Männer, Frauen und Kinder, schlafen auf dem Fußboden, auf Bänken oder auf dem Korridor.“

Wenn man diese Berichte gelesen hat, dann bekommt die Fremdenfeindschaft der Chinesen ein wesentlich anderes Gesicht, und der Kampf gegen diese fremden Teufel erscheint durchaus berechtigt.

Man sollte dabei nicht vergessen, bei einer Beurteilung der chinesischen Ereignisse diese Verhältnisse zu berücksichtigen.

R. U. S.

Weitere Ausdehnung der Unruhen.

London, 23. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Lage in China scheint nach den letzten hier eingelaufenen Meldungen eine recht erhebliche Verschlimmerung erfahren zu haben. Aus der Mandchurie kommen Meldungen, wonach dort sehr ernste Unruhen ausgebrochen sind. Diese Nachrichten überraschen um so mehr, als dieses Gebiet unter der strengen Verwaltung Tschangschins das ruhigste in China war. Ueber die Ursachen dieser neuen, sich immer weiter ausbreitenden Unruhen liegen positive Nachrichten noch nicht vor.

Die Streikbewegung in Kanton und Hongkong hat einen neuen Auftrieb erfahren. Besonders in Hongkong ist die Lage außerordentlich bedrohlich. Die Regierung hat erklärt, daß sie entschlossen ist, Leben und Eigentum zu schützen und daß sie der Familie eines jeden erschlagenen Beamten und Arbeitswilligen 2000 Dollar zahlen werde. In Kanton befindet sich das Fremdenviertel in einem regelrechten Belagerungszustand. Alle Zugänge zur Chinesenstadt sind verbarrikadiert, Kanonenboote bemachen die Flussübergänge.

Der englische Premierminister Baldwin lehnte am Montag im Unterhaus die Anregung ab, zur Prüfung der industriellen Arbeitsbedingungen eine Gewerkschaftsdelegation nach Schanghai zu senden.

Erst Sühne für Schanghai!

Peking, 22. Juni. (Reuter.) Das chinesische Außenamt stellt in seiner Antwort auf die letzte Note der Mächte fest, daß deren Darstellung der Ereignisse nicht mit den Berichten der örtlichen chinesischen Behörden übereinstimme. Das Außenamt gibt demgegenüber eine ausführliche Darstellung der Vorfälle und erklärt, daß die Tötung des britischen Bürgers in Schanghai außerhalb der Europäersiedlung erfolgt sei, wo ohne Zustimmung Chinas Straßen angelegt worden seien, und daß die Beweggründe des Verbrechens noch nicht festgestellt seien. Mit Ausnahme der Ermordung Moxenzies rührten alle Vorfälle daher, daß die Vorkommnisse in Schanghai noch keine schnelle und ordentliche Regelung gefunden hätten. Nach einem Hinweis darauf, daß dort niemals eine fremdenfeindliche Stimmung bestanden habe, gibt das Außenamt der Hoffnung Ausdruck, daß die fremden Befandten den Fall von Schanghai baldigst beilegen werden, damit der Unwille des Volkes sich beruhige.

Fabrikbespitzelung in Amerika.

Von P. Thompson.

Für viele europäische Arbeiter war es schon lange ein Rätsel, daß in den Vereinigten Staaten die Gewerkschaften trotz ihres Einflusses keine größeren Resultate erzielten. Wenn über große wirtschaftliche Kämpfe in Amerika berichtet wird, so hören wir immer von dunklen Gestalten, die in Form von bestellten Streikbrechertrouppen bereit sind, auf die Seite der Arbeitgeber zu treten. Seit 1921 sind nun zwei amerikanische Gelehrte, Mr. Robert Dunn und Mr. Sidney Howard, auf Veranlassung des Professors der Harvard-Universität, Cabot, an der Arbeit, die verschiedenen Methoden und Systeme dieses organisierten Kampfes der Arbeitgeber gegen die Arbeiterschaft zu erforschen. In letzter Zeit erschien in der amerikanischen Presse eine ganze Reihe von aufsehenerregenden Enthüllungen, deren Kenntnis zur Beurteilung der Lage der Arbeiterschaft in Nordamerika viel beiträgt.

Die Vereinigten Staaten besitzen einige Duzend Detektivagenturen, die eine ungeheure Anzahl von „Vertretern“ bzw. von geheimen Agenturen haben. Schätzungsweise wurde festgestellt, daß drei dieser Agenturen, die Pinkertons, J. W. Burns und Thiel-Agentur, die zu einem Syndikat zusammengeschlossen sind, 135 000 Leute beschäftigen und daß sich ihr Einkommen jährlich auf 65 000 Dollar beläuft. (Diese Zahl wurde in einem Buche von Jean Spielmann angeführt.) Die Sherman-Agentur zahlt allein an Einkommensteuer über 250 000 Dollar. Die Ausbreitung und Bedeutung dieser Detektiv-Agenturen, die hauptsächlich Arbeitsüberwachung treiben, ist ungeheuer groß, und es ist keine Übertreibung, wenn behauptet wird, daß jede Fabrik heute einige Agenten dieser Gesellschaften beschäftigt.

Die Tätigkeit der Detektivagentur fängt mit einem Angebot an, in dem sie, anknüpfend an die letzten Ereignisse in der Fabrik, sich bereit erklärt, die „Eintracht zwischen den Arbeitern und den Fabrikanten“ herzustellen. Gleichzeitig weist das Bureau darauf hin, daß es mit „erstklassigem Menschenmaterial“ dem Arbeitgeber Kraft und Zeit sparen und ihm die Folgen von Streiks, Sabotage, Fabrikdiebstahl usw. verhüten könne. Ein solcher Brief, der für die amerikanische Geschäftstätigkeit dieser Menschenhändler charakteristisch ist, sei hier wortgetreu wiedergegeben:

„Verteiler Herr!

Können Sie die folgenden Fragen über Ihr Geschäft beantworten?

Werden Sie dieses Jahr Arbeiterunruhen haben?

Sind all Ihre Arbeiter mit ihren Löhnen und Arbeitsbedingungen zufrieden?

Gibt es irgendwelche Agitatoren, „Querköpfe“ oder Unzufriedene, unehrliche oder treulose Angestellte in Ihrem Betriebe?

Sind Ihre Produktion und Ihre Betriebskosten so, wie sie veranschlagt sind?

Dienen Ihnen Ihre Abteilungsleiter und Ihre Werkführer treu?

Sind irgendwelche Mängel da, die Ihre Einkünfte beeinflussen?

Wenn Sie nicht jede einzelne dieser Fragen zu Ihrer vollen Zufriedenheit beantworten können, dann brauchen Sie den „Ruffel Service“, der dazu bestimmt und geschaffen ist, diese Fragen zu beantworten und Ihnen zu helfen, Ihre Probleme zu lösen.

Gibt es überhaupt irgend etwas in Verbindung mit Ihrem Personal oder mit Ihren Geschäftsinteressen, worüber Sie eine zuverlässige, vertrauliche Auskunft wünschen?

Einen unserer Vertreter in Ihrem Bureau um Rat zu fragen, zieht keine Verpflichtungen Ihrerseits nach sich. Schreiben Sie einfach „Ja“ irgendwo auf diesen Brief, senden Sie ihn an unsere Adresse zurück und wir werden Sie antworten.“

Reagiert die Fabrik auf einen solchen Brief nicht, so kommt ein zweites Angebot, eventuell besucht der Vertreter der Gesellschaft den Fabrikanten selbst. Die meiste Propaganda treiben die Agenturen durch Briefe. Zeitungsannoncen werden möglichst vermieden. Gibt der Fabrikbesitzer einen Auftrag, so werden in der Regel 4 Agenten der Gesellschaft in der Fabrik eingestellt. Einer hat den Auftrag, nur Beobachtungen zu sammeln und seine Berichte täglich an die Gesellschaft zu senden. Dabei sind besondere Vorsichtsmassregeln vereinbart: er darf nur geheim schreiben; telefonieren darf er in einer kleinen Stadt nicht, sondern nur in weiterem Umkreis derselben; die Instruktionen, die er von der Agentur bekommt, muß er binnen 12 Stunden in demselben Briefumschlag an sie zurückschicken. Jeder Agent einer solchen Detektivgesellschaft ist verpflichtet, sogar vor seinen nächsten Verwandten geheim zu halten, daß er bei einer Detektivagentur angestellt ist.

Außer dem Beobachter hat der zweite Beauftragte die Pflicht, im Sinne des Arbeitgebers zu wirken, d. h. Zusammenkünfte unter den Mitgliedern der Gewerkschaft anzustiften, Berleumdungen gegen ihre Führer zu verbreiten, diese zu diskreditieren und unbefestigt zu machen und durch Intrigen und ständige Wühlarbeit jede Organisationsmöglichkeit der Arbeiter zu vereiteln. Die zwei weiteren Vertreter der Geheimagenturen treten der Arbeitergewerkschaft selbst bei und sorgen dafür, daß im geeigneten Moment Streiks ausbrechen (z. B. wenn der Fabrikant selbst ein Interesse daran hat). Sie sorgen aber auch dafür, daß die Pinkerton-Agenturen ihre Notwendigkeit nachweisen und genügend Geld verdienen.

Selbstverständlich gibt sich nicht jeder zu einer solchen Spitzeltätigkeit her. Auch das Werben von Spitzeln ist mit gewissen Schwierigkeiten verbunden, da die amerikanische Öffentlichkeit den Beruf eines Spitzels als etwas Beschämendes ansieht. Die Werbemethode ist etwa folgender:

In den Zeitungen erscheint eine Annonce, in der die Agenturen eine ganz bestimmte Art von Arbeitern zu ungeheurer hohen Löhnen suchen, die aber ihre ganze Zeit ihrem Arbeitgeber widmen müssen. Die Anmeldung muß von einer Lebensbeschreibung begleitet sein und die genaue Adresse und Telefonnummer des Bewerbers enthalten. Wird sein Angebot berücksichtigt, so werden seine Privatverhältnisse genau kontrolliert. Das Gehalt eines solchen Spiegels beträgt durchschnittlich 10 Dollar (42 M.) täglich. Von dieser Summe wird der Fabriklohn, den er außerdem erhält, abgezogen. Dagegen werden ihm alle Auslagen, die ihm aus der Spiegeltätigkeit erwachsen, vergütet.

Die Tätigkeit der Vertreter dieser Detekteien ist außer der oben geschilderten noch eine sehr mannigfaltige. Eine der wichtigsten ist die, bei der Fertigstellung der „schwarzen Listen“ mitzuarbeiten, in denen alle Agitatoren der Gewerkschaften mit genauer Personalbeschreibung aufgeführt werden. In Zeiten, wo die Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft immer größer wird, steigert sich die Tätigkeit dieser Spigel in den Gewerkschaften, die nicht nur Zwistigkeiten in die Reihen der Streikenden hineinbringen, sondern durch die gemeinsamen Mittel bestrebt sind, den Streik im geeigneten Augenblick niederzubrechen. Die Spigel besitzen eine besondere Klasse für Bestechungszwecke, und bei Streiks scheuen sie sich nicht, verkleidet an die Frauen der Streikenden heranzutreten, um mit ihrer Hilfe die Männer dazu zu bringen, wieder zur Arbeit zurückzukehren. Wenn die Streikenden genügend Geld und Nerven haben, entfendet die Detektivegesellschaft eine Reihe ihrer Geheimagenten zur Streikbrecherarbeit, um den Streikenden in den Rücken zu fallen. Selbstverständlich sind die Berichte der Vertreter voll der unglaublichsten Märchen. Ueber den Charakter der Spigel ist man sich in Amerika vollkommen einig. Ein Polizeisachmann erklärte, daß berufsmäßige Verbrecher Gentlemen seien im Vergleich mit den Achtgroßhungen der Geheimagenturen.

Vor einigen Jahren versuchten einzelne Agenturen auch in Deutschland Werberbriefe zu versenden, und in einigen Fabriken wurden auch geheime Agenten solcher Detektiveagenturen entdeckt. Seit einiger Zeit hört man aber wenig über sie. Ob das aber auf eine verminderte Tätigkeit dieser Elemente zurückzuführen ist, ist schwer zu sagen.

Die Angst vor Schwarz-Rot-Gold.

Ein Beitrag zur „unparteiischen“ Haltung der Behörden.

Das Reichsbanner in Ham-Münden feiert am 27., 28. und 29. Juni das Fest seiner Fahnenweihe. Es forderte die Behörden der Stadt auf, in den Festausschuß einzutreten. Darauf traf folgende Antwort ein:

Hann.-Münden, 11. Juni 1925.

Die nachstehend aufgeführten Behörden der Stadt Münden danken verbindlich für die Einladung zu der Feier des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold am 27., 28. und 29. Juni dieses Jahres. Sie sehen darin den Anfang des von ihnen sehr begrüßten Bestrebens, Gegensätze unseres Volkslebens zu überbrücken und dem in seinen Behörden vertretenen Staat volle Würdigung zuteil werden zu lassen.

Dagegen glauben die genannten Behörden sich wegen der ausgesprochen innerpolitischen Einstellung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold der Teilnahme an der Feier verjagen zu müssen. Sie sind trotz ihres Amtes zu unparteiischer Haltung allen Bevölkerungsklassen gegenüber verpflichtet und werden diese von ihnen bisher beobachtete und auch in der Zukunft zu beobachtende Haltung durch Teilnahme an der Feier in Frage stellen.

Magistrat der Stadt Münden. Landratsamt Münden. Finanzamt Münden. Hauptzollamt Münden. Amtsgericht Münden. Polizeischule Münden. Eisenbahnverwaltung Münden. Forstliche Hochschule Münden. Städtisches Gymnasium, Lyzeum, Gehobene Abteilung, Knabenvolksschule, Mädchenvolksschule und Kreischulinspektion Münden.

S. A.: gez. von Stockhausen, Landrat.

Die Hölle.

Von Paul Gutmann.

Barbusse hat einen Roman „Die Hölle“ geschrieben, worin die geschlechtlichen Leidenschaften in ihrer die Menschen von der Pubertät bis ins Greisenalter dämonisch beherrschenden Macht geschildert werden. Es ist ein Hegensjoboth phantastischer Art, dem aber zur Vollständigkeit das Wesentliche fehlt, die Darstellung jener Liebeshölle, worin die Enterten des Glücks, die Proletarier, einen Teil ihres Daseins verbringen. Wögen die Leiden oftmals groß sein, die von den Leidenschaften dazwischen ausgehen, die auf der Sonnenhitze des Lebens wohnen, sie sind verschwindend im Vergleich zu den Schrecken, denen die Liebe im Kampf mit Armut, Krankheit, sozialer Not jeglicher Art ausgesetzt ist.

Ein Vormittag in einem Gerichtssaal. Im Mittelpunkt aller Verhandlungen steht das Kind, das ungeborene, frühzeitig beseitigte, das verwaarloste und das verführte Kind. Die Zukunft der Menschheit, die von der Not des Lebens ständig bedroht ist, könnte der Inhalt eines Films sein, wie er in erschütternden Bildern hier vor uns abrollt. Eine Mutter soll vernommen werden, die angeblich ein Verbrechen an ihrer Mutterpflicht verübt hat. Das Wort Mutter löst in uns Vorstellungen von Güte, Gesundheit, Lebensfreude aus. Hier wankt ein ausgezehrt Gesicht, mehr einer Greisin ähnlich als einer Frau in den besten Jahren, ein reizloses, hingemartertes Geschöpf, in den Gerichtssaal. Den Vorstehenden erfaßt Mitleid, und er redet zu ihr mit begütigenden Worten. Dennoch, dem Gesetz muß Genüge geschehen, die Paragrafenmaschine fängt zu jucken an. „Sie wollten die Leibesfrucht, nachdem Sie mehreren Kindern das Leben geschenkt, diesmal nicht austragen?“ Was sollte sie denn tun, die arme Frau. Der Mann krank, ohne Arbeit, die beiden Kinder hungrig, sie selber schwer lungenleidend. Würde sie als Mutter nicht die vorhandenen Kinder vor der drohenden Gefahr schützen? Eine Nachbarin weiß in solchen Fällen gewöhnlich Rat. Sie sitzt ebenfalls auf der Anklagebank, weil sie geplaudert hat, nicht aus Dummheit, wie die Hauptangeklagte in ihrer verzweifelten Phantasie meint, sondern aus verstandener Reue zu ihrem Mann, dem hilflosen Wreck eines arbeitslosen Kranken! Noch eine andere Frau, eine Befragungszeugin, eine stehende Figur gleich den beiden anderen, wird in derselben Weise verdächtigt. Die drückende Luft entsehlischen Proletariats umgibt uns. Die Liebe, sonst ein beglückendes Element, ist hier ein Nachtalb, der den elenden Menschen noch den letzten Blutstropfen ausaugt. Der Gerichtsarzt begutachtet, daß der Lez, den die Nachbarin anriet und der durch ein anderes Mittel erlegt wurde, nur ein harmloses Abführmittel sei. Ein anderer Arzt sagt aus, daß er unter allen Umständen unter Berücksichtigung der sozialen Not und des körperlichen Zustandes der Schwangeren die Fortsetzung ihres leiblichen „Segens“ verhindert haben würde. Hatte die Frau Zeit und Gelegenheit, zum

Wie die „unparteiische Haltung“ der Behörden in Ham-Münden „allen Bevölkerungsklassen gegenüber“ in Wirklichkeit aussieht, bewies die Teilnahme dieser Behörden an der Fahnenweihe des Mündener Pioniervereins. Da hatten die Behörden keine Bedenken. Sie traten nicht nur in den Festausschuß ein, sondern beteiligten sich auch am Umzug des Vereins durch die Stadt. Der Pionierverein ist dafür aber auch dem republikanischen Ruffhägerbund angegeschlossen. An der Feier seiner Fahnenweihe beteiligten sich u. a. Stahlheim, Wilingerbund und Jungdo, das Fest stand ganz unter dem Zeichen der schwarzweiß-roten Fahnen und trug einen ausgesprochen monarchistischen Charakter. Und das nennt der Herr v. Stockhausen, von Amts wegen Landrat eines republikanischen Landes, „unparteiische Haltung allen Bevölkerungsklassen gegenüber“!

Die staatsgefährlichen Haarschleifen.

Aus Bayern wird uns geschrieben: In Rehau bei Hof veranfaleten die Arbeitersportler kürzlich einen Reichsarbeiter-sporttag. Beim Festzug, der einen Teil der Veranstaltung ausmachte, erschienen die Mädchen mit roten Schleifen im Haar. Darob großes Entsetzen im Bezirksamt und hochnotpeinliche Beratung. Der Erfolg: der Gendarm wird beauftragt, beim Leiter des Festzuges zwecks Entfernung der staatsgefährlichen Schleifen zu intervenieren. Was auch geschah...

Totgeschwiegene Wahrheit.

Die „Kreuz-Zeitung“ und das Märchen von Höfles Selbstmord.

Wochenlang hat die Rechtspreffe ihre Leser glauben lassen, Höfle habe im Untersuchungsgefängnis Selbstmord begangen, er habe sich also schuldig gefühlt und sich der drohenden Strafe durch die Flucht aus dem Leben entzogen.

Seitern ist im Höfle-Ausschuß diese Theorie völlig zusammengebrochen. Die Behauptung, Höfle habe Selbstmord begangen, läßt sich nicht mehr aufrechterhalten. Von dieser Tatsache der Öffentlichkeit Kenntnis zu geben, war eine Anstandspflicht der gesamten Presse, ganz besonders jenes Teils, der das Selbstmordmärchen am eifrigsten folportiert, am zähesten an ihm festgehalten hatte. Trotzdem bringt es die „Kreuz-Zeitung“ fertig, über die Verhandlungen des gestrigen Tages mit folgenden zwei Sätzen zu berichten:

Im Höfle-Ausschuß des Preussischen Landtags sind gestern nachmittag verschiedene ärztliche Sachverständige über die Todesursache gehört worden. Eine entscheidende Feststellung wurde nicht getroffen.

Das ist alles, was die Leser dieses deutschnationalen Blattes erfahren dürfen. Die „Kreuz-Zeitung“ beweist durch ihr Verhalten in diesem Fall, daß sie der Tradition treu bleibt, für die sie schon zu Bismarcks Zeiten berühmt gewesen ist.

Das Manöverunglück vor Gericht.

Vernehmung der Pioniere.

Minden, 23. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am zweiten Verhandlungstage wurde die Sitzung vormittags 8 Uhr eröffnet. Vor Eintritt in die Verhandlung stellte der Vorsitzende die Frage, ob heute schon Anträge betreffs Beseitigung der Unglücksstelle gestellt seien. Die Verteidigung verspricht sich von der Beseitigung nichts. Ein Sachverständiger schlug daraufhin vor, Aler eine Fähre bauen zu lassen und entsprechend zu belasten. Die Beseitigung der Fähre soll voraussichtlich am Donnerstag erfolgen.

Es erfolgt nunmehr die Vernehmung der Pioniere, die die Unglücksfähre bedient hatten. Zeuge Unteroffizier Koch hat sich an der Verteilung der Mannschaften auf der Fähre beteiligt. Er hatte nach Beladung festgestellt, daß die Fähre nicht zu tief im Wasser lag. Als die Fähre etwa 20 Meter vom Ufer entfernt gewesen war, rief Oberpionier Bergmann, daß Wasser ins Ponton käme. Der Zeuge ist dann ins Ponton gesprungen und hat sich von dem Eindringen des Wassers überzeugt. Er hat darauf das Kommando gegeben: Alles Oberstrom treten! Die Infan-

teristen hätten sich ruhig verhalten und sich nur etwas nach vorn gebeugt.

Gleich nach dem Ruf: Es ist Wasser im Ponton! sei die Fähre verlastet.

Der Zeuge ist dann abgesprungen und hat sich an der Rettungsarbeit beteiligt.

Zeuge Stoken bestätigt im wesentlichen die Aussagen des Unteroffiziers Koch; ebenso der Unteroffizier Ohlich. Der letzte Zeuge hat die Leute auf der Fähre verteilt. Die Rüste der Fähre sei nicht zu dicht besetzt gewesen, da 4 bis 5 Fahrräder in der Mitte standen. Das Kommando „Ausrichten!“ hat er gehört, es sei auch ausgeführt worden. Gleich nach dem Rufe „Verteilen“ ist die Fähre abgelaft. Er hat nicht bemerkt, daß die Leute sich unruhig verhalten hätten. Auch er hat sich an den Rettungsarbeiten mit dem Rettungsponton beteiligt.

Oberpionier Bergmann bekundet, daß sich die Schauerleiste noch über Wasser befand, als die Fähre vom Ufer abfuhr. Nach ungefähr 20 Metern hat er ein Rauschen vernommen und sich davon überzeugt, daß Wasser ins Ponton eindrang. Er hat dies gerufen und gleich darauf sei die Fähre abgelaft. Er ist dann ins Wasser gesprungen und ans Ufer geschwommen. Die Zeugen Stieh und Mertens waren am Oiertau beschäftigt. Stieh hatte sich vor der Abfahrt der Fähre davon überzeugt, daß die Schauerleiste aus dem Wasser ragte. Beide haben auch den Ruf gehört: Es kommt Wasser ins Ponton. Sie wollen darauf Unruhe unter den Infanteristen bemerkt haben. Die Zeugen haben am Oiertau keine Aenderung vorgenommen. Es ist auch nichts bekannt, daß das Oiertau abgerissen ist.

Oberstaatsanwalt von Schwiderky hält darauf dem Zeugen Leutnant Heitzemper vor, daß es ihm merkwürdig erscheine, daß gerade er gesehen haben wolle, daß das Oiertau gerissen sei, während die Bedienungsmannschaften davon nichts wissen.

Eine republikanische Führertagung.

Der Republikanische Reichsbund beruft für Sonntag, den 28. Juni, nach Frankfurt a. M. eine Führertagung, die den Zweck haben soll, eine weitere Klärung der republikanischen Grundgedanken herbeizuführen, ein Einverständnis über ihre Ausführungsformen zu finden, Stellung zu nehmen zu den heutigen Grundfragen gemeinsamer republikanischer Politik und eine weitere Tätigkeit des Bundes aus möglichst breiter Grundlage in lebendiger Bewegung vorzubereiten. Als Referent spricht Prof. Dr. Hugo Einzheimer über den Geist der Republik, die Grundfragen gemeinsamer republikanischer Politik in Deutschland und die Aufgaben des Deutschen Republikanischen Reichsbundes. Dem Referat folgt eine freie Aussprache.

Beamtenfragen im Landtag.

Ein Verschleppungsmanöver der Rechtsparteien.

Der Preussische Landtag behandelte heute zu Beginn der Sitzung zunächst den Ausländerbericht über den Antrag der Sozialdemokraten auf Gewährung einer Wirtschaftsbefreiung an die Beamten der Gruppen I—VI in Höhe von 100 M. Ueber die Beratungen des Beamtenausschusses erstattet Genosse Jachert den Bericht. Der Ausschuß schlägt zu dem sozialdemokratischen Antrag eine Fassung vor, wonach der Landtag der Auffassung der Reichsregierung über die Unmöglichkeit einer gegenwärtigen Aufbesserung angesichts der Not in weiten Kreisen der Beamenschaft nicht beitreten kann.

Der Ausschuß fordert vom Staatsministerium Einwirkung auf die Reichsregierung, daß mindestens die Bezüge der wirtschaftlich schwächsten Beamten aufgebessert werden und daß diese Aufbesserung auch den Bartgeldempfängern, Ruhegehaltsempfängern und Hinterbliebenen in gleicher Weise zuteil wird. Die Wirtschaftsbefreiung soll auch den gleichartigen Angestellten, Bartgeld- und Ruhegehaltsempfängern und Hinterbliebenen gezahlt werden.

Zur Ueberwindung der Linken schlug nun plötzlich Abg. Dr. Schmidting vom Zentrum vor, den Gegenstand dem Hauptausschuß zu überweisen, da es sich um eine Finanzfrage handele. Es kommt zur Abstimmung über den Ueberweisungsantrag. Für den Antrag stimmt die Rechte und das Zentrum, gegen die Verschleppung die Linke; das Ergebnis ist zunächst zweifelhaft; es erfolgt die Auszählung des Hauses. Dabei stellt sich die Beschlussunfähigkeit des Hauses heraus.

Art zu laufen? Würde sie überhaupt, daß ein Arzt ihr helfen würde? Sie tat das, was Hunderttausende von Frauen in gleicher Lage tun, sie half sich selbst. Staatsanwalt und Vorstehender sind schlich von Mitleid ergriffen. Dennoch verlangt das Gesetz sieben Monate für die Hauptangeklagte und drei Monate Gefängnis für die schwachhastige Nachbarin. Allerdings Bewährungsfrist. Was hilft? Die Mutter der Aufregung war da, das Brandmal der Strafe lastet auf beiden Frauen. Der Raubkrieg, der nun folgt, die Sichelheilen boshafter Hausgenossen, die ewige Angst vor der Zukunft, welche Phantasie könnte die Hölle kleiner Schrecken in dieser grauen Elendswelt ausmalen.

Glückliches Kind, das nicht geboren zu werden brauchte, bejammernswert jenes, dessen Seele, wie die nun folgende Verhandlung zeigt, gebrochen wurde. Wieder die gleiche soziale Not. Vater tagsüber auf Arbeit. Ein Nachbar, ein sechzigjähriger Krüppel, übernimmt für das hübsche achtjährige Mädchen gelegentlich die Fürsorge, die einer Nachbarin überbrachten zärtlich erscheint. Sie blickt durchs Schlüsselloch und entdeckt ein schreckliches Vergehen. Was trieb diesen alten Krüppel zu solcher Tat? War er nicht verheiratet? Starr und entmenschenhaft wird der Ausdruck dieses frevelhaften Räubers an unschuldiger Jugend, als er nach seinem Gehebeln gefragt wird. Er schweigt. Aber der Jammer seines Proletariatsdaseins wird durch dieses Schweigen deutlicher als durch Worte.

Drittes Bild: Ein Schwerkrriegsbeschädigter, dem die feindliche Granate die Fähigkeit zu dem, was die Menschen Liebesglück nennen, geraubt hat. Nie zog es ihm seither zu Frauen, nie fand er das beglückende Gefühl, das im Liebesaustausch von Mann und Frau gefunden wird. Aushand und Sinnlosigkeit liehen ihn in einem jener Augenblicke, wo der lange niedergehaltene Dämon erwacht, sich in läppischer Art an einem Knaben vergeht. Und dieser Knabe im Rotosenanzug, mit bloßen Beinen, der sich munter auf einen Tisch schwingt, als der Vorstehende ihn befragt, er weiß nicht, daß er einen Blick in die Hölle getan hat, worin die vom Schicksal Ausgestoßenen durch die Schuld einer schlecht eingerichteten Welt ihr kümmerliches Dasein in Hölllichkeit und tierischer Qual verbringen.

Chemiker von der internationalen Konferenz für chemische Nomenklatur hat die Deutsche Chemische Gesellschaft veranlaßt, eine in zwei Abteilungen arbeitende Kommission für chemische Nomenklatur einzusetzen, in der deutsche und österreichische Chemiker zusammenwirken. Die Arbeit der anorganischen Abteilung unter dem Vorsitz des Professors A. Meyer hat in einer größeren Anzahl wichtiger Punkte schon abschließende Ergebnisse gezeitigt. Als ein Zeichen für die heranannahende Wiederkehr guter Beziehungen ist anzusehen, daß in einigen Jahren seit Kriegsende jüngere Forscher aus den alliierten Ländern in ansehnlicher Zahl, ohne erst nach der Wiederaufnahme internationaler Beziehungen zu fragen, sich um die Aufnahme in deutsche Hochschullaboratorien beworben haben. Soweit die ungemein störende Ueberfüllung der deutschen Institute es zugelassen hat, sind viele Angehörige der Nationen, die mit uns im Kriege gestanden haben, wieder wie vordem als Schüler der deutschen Chemie-Professoren zugelassen worden. Ein besonderes Verdienst erwirbt sich der International Education Board, indem er einen gegenseitigen Austausch junger Forscher von Land zu Land unterstützt.

Ein Neandertal-Schädel in Palästina gefunden. Ausgrabungen der englischen Archäologen haben zu der Entdeckung des Schädels eines vorjenseitigen Menschen in einer Höhle geführt, die bei Tabgha im Norden von Tiberias liegt. Die Höhle befindet sich unterhalb der geschichtlich festgelegten Erdschichten und enthält unter einer Schicht von herabgefallenen Steinen eine 6 Fuß tiefe Erdlage, die reich ist an Feuersteinwerkzeugen von dem Typ der Mustérien-Kultur. Der Schädel zeigt in seiner ganzen Form, besonders in der außerordentlich starken Entwicklung der Knochen über der Augenhöhle, in der zurückweichenden Stirn und der Stärke der Knochen große Ähnlichkeit mit dem Schädel des Neandertalers, und Prof. Garstang, der den Fund näher untersuchte, ist der Ansicht, daß es sich hier um einen Vertreter derselben urgeschichtlichen Menscherrasse handelt.

Unsichtbares Licht. Die merkwürdigen Wirkungen des unsichtbaren Lichtes wurden auf der diesjährigen Versammlung der amerikanischen chemischen Gesellschaft zu Baltimore vorgeführt. Wie einer Schilderung der „Umschau“ zu entnehmen ist, wurde in dem Theater, in dem die Versammlung tagte, die Beleuchtung abgestellt und ein starker Quecksilber-Lichtbogen erzeugt, der reich an unsichtbaren ultravioletten Strahlen ist, aber nur ganz schwach purpurn leuchtet. Sofort erstrahlten die Augen, Zähne, Fingernägel und Hemdenknöpfe der Teilnehmer in einem fahlen phosphoreszierenden Licht. Diese Phosphoreszenz unter der Einwirkung ultravioletter Strahlen hat übrigens auch schon auf der Bühne Anwendung gefunden. So sah man in diesem Winter in einigen Berliner Neuen Schauspielern, deren Kostüme im verdunkelten Raum zu glimmen schienen. Auch Szenarien wurden mit diesem „unsichtbaren Licht“ effektvoll gestaltet, indem durch Mischung schillernder Farben mit ultravioletten Strahlen derselbe Hintergrund in ganz verschiedener Beleuchtung erschien.

Das „Theater der Lebenden“ hat die Uraufführung von „Willa“ der vorgerückten Saison wegen mangelhafter Beteiligung auf den Beginn der Hauptspielzeit verschoben.

Wolter Rathenau Schellen erschienen zu seinem dritten Todestage im Verlage S. Fischer in einer neuen, vielfach erweiterten Ausgabe in 6 Bänden

Die sterbende Phrase.

Der letzte Ritter des Schutzes der nationalen Wirtschaft.

Es hat eine Zeit gegeben, da redeten die Schutzöllner viel vom „Schutz der nationalen Wirtschaft“. Sie malten ein wirtschaftliches Zukunftsbild an die Wand, das Deutschland in blühendstem Wohlstand zeigte, unabhängig vom Ausland. Alle Nahrung stieß aus eigenen Fließschöpfen, und die Industrie belieferte nur die deutschen Staatsbürger. Keine Wirtschaftssorgen, keine Währungsorgen — und das alles durch den Schutzzoll. Das nannte man „nationale Wirtschaft“ und den Schutzzoll „Schutz der nationalen Wirtschaft“. Diese Nationalökonomie für das kleine Karlsruhen vergaß nun hinzuzusetzen, ob der Schutzzoll Erze in deutschen Bergen wachsen läßt, und ob er den deutschen Boden so befruchtet, daß Baumwollsträucher, Kaffeebäume und Gummi in den deutschen Wäldern und Feldern zu blühen anfangen. Es war die Nationalökonomie des Spießbürgers, für den die Welt an der eigenen Stadtgrenze aufhört, und der über den Umkreis seines Lädchens hinaus wirtschaftlich zu denken so faul ist. Aber halt, da tun wir schon manchem unrecht. Schließlich weiß jeder Kleinkrämer, wie die „nationale Wirtschaft“ in seinem Laden aussieht, wenn unübersteigbare Schutzzollmauern Deutschland vom Ausland absperrten und die deutsche Wirtschaft auf die Versorgung aus eigenen Mitteln angewiesen ist. Und doch sah die Phrase vom „Schutz der nationalen Wirtschaft“ in der Debatte über die Zollfragen ein fast unsterbliches Dasein zu führen.

Es ist eine bequeme Phrase. Das Wort „national“ leiht ihr Respektabilität, und im übrigen brauchte man sich nichts dabei zu denken. So recht eine Phrase, hinter der sehr eindeutige und nichts weniger als moralische Dinge sich verborgen und mit einem respektablen Mäntelchen umkleiden können. Brutalster Besitzegoismus, Kampf um die Einkommensverteilung, Hasen nach Liebesgaben auf Kosten des Volkes — das klingt hart und wirkt nicht werbend auf die Massen des Volkes, denen man das Fell über die Ohren ziehen möchte. Aber „Schutz der nationalen Wirtschaft“ — welche Ehre, sich dafür einsetzen zu dürfen! Hinter dieser Phrase versteckt, konnten Großindustrielle und Großagrarier gemeinsam ihre Interessen auf Kosten des Volkes ausgleichen und kräftigen.

Indessen ist es im Verlauf dieses Zollkampfes von dem „Schutz der nationalen Wirtschaft“ etwas still geworden. Der Sinn für wirtschaftliche Zusammenhänge ist nach den Lehren der Inflationszeit im Volke doch etwas stärker geworden, und das Interessenmoment als treibende Kraft bei der Zollpolitik der Großindustriellen und Großagrarier ist dem Volke heute sichtbar als zuvor. Die Phrase hat an Respektabilität verloren, sie stirbt langsam ab. Im Augenblick, wo die deutschen und französischen Großindustriellen eine kapitalistische Interessengemeinschaft etablieren, fängt sie zudem an, inopportun zu werden. Das hat die Presse der Schutzöllner sehr wohl erkannt. Graf Westarp hat in der „Kreuzzeitung“ der Internationalisierung der Wirtschaft einige Komplimente gemacht — da ist es nicht gut, noch heute vom „Schutz der nationalen Wirtschaft“ zu reden.

Aber sollte man es glauben: es gibt in den Reihen derer, die die Schutzzollpläne des Großbesitzes journalistisch zu vertreten haben, Don Quixottes, die diese Phrase nicht nur noch handhaben, sondern die sie sogar selber ernst nehmen und daran glauben — letzte Ritter der Phrase vom Schutz der nationalen Wirtschaft. Ein solcher letzter Ritter des „Schutzes der nationalen Wirtschaft“ führt in der „Deutschen Zeitung“ einen Windmühlkampf gegen das Abkommen zwischen der deutschen und französischen Eisenindustrie. Nun ist die „Deutsche Zeitung“ sicher der gegebene Ort für Don Quixottes. Wenn die Deutschnationalen zur Erfüllungspolitik wechseln, wenn sie auf ihre Art auf Schwarzrotgold schwören, wenn sie zur Berzichterklärung auf Elch-Dothirungen mit dem Kopfe nicken — dann führt die „Deutsche Zeitung“ den Windmühlkampf gegen die politischen Tatsachen. Warum sollte bei der besonderen Art, wie die Leute von der „Deutschen Zeitung“ die Welt zu sehen pflegen, nicht auch eine Don Quixotterie gegen das internationale Eisenartell abfallen?

Aber die ersten Trompetenstöße des wirtschaftspolitischen Don Quixotte von der „Deutschen Zeitung“ gegen das internationale Eisenartell haben im Lager der Deutschnationalen keinen Widerhall gefunden. Er sieht voll Indignation, daß er allein bleibt. Niemand nimmt den Kampf auf. Die deutschnationale Presse schweigt. Herr Arnold Reiberg ist Mitbesitzer der „Kreuzzeitung“ — Graf Westarp hat dem Internationalen Eisenartell seinen Segen erteilt. Woher soll Hilfe kommen? Bleibt nur der Appell an die Agrarier. So steht heute morgen in der „Deutschen Zeitung“:

„Wenn der Reichslandbund nicht energisch gegen dieses Abkommen Stellung nimmt, wird sein Hauptbeweis für den Zollschutz landwirtschaftlicher Erzeugnisse hinfällig. Denn dieser Hauptbeweis liegt doch nicht darin, daß den Landwirten durch Zölle usw. besondere Verdienste auf Kosten der Verbraucherschaft zustehen sollen, sondern darin, daß die Zölle notwendig sind zum Schutze der nationalen Wirtschaft, zu ihrem weiteren Ausbau und damit auch zur Sicherstellung der deutschen Erzeugung, die wieder die Mittel zum Verbrauch erbringt. Zum Schutze der nationalen Wirtschaft muß die Landwirtschaft Zollschutz verlangen. Aber Schutz der nationalen Wirtschaft ist nicht allein Zollschutz für die Landwirtschaft. Schutz der nationalen Wirtschaft ist auch Abwehr gegen alles, was gegen die Interessen der nationalen Wirtschaft verstößt, wie z. B. das in Rede stehende Abkommen zwischen der deutschen und französischen Schwerindustrie. Wenn der Reichslandbund Zölle für landwirtschaftliche Erzeugnisse zum Schutze der nationalen Wirtschaft verlangt, so glaubt ihm das niemand mehr, wenn er gegen dies die nationale Wirtschaft gefährdende Abkommen seine Stimme nicht erhebt.“

Wer glaubt denn heute noch dem Reichslandbund, daß er Getreidezölle um der „nationalen Wirtschaft“ willen fordert! Auf die Frage: was sagt der Reichslandbund dazu, können wir von vornherein die Antwort geben: er fordert seinerseits noch höhere Getreidezölle — nicht um der „nationalen Wirtschaft“ willen, sondern um des Verdienstes willen. Der Don Quixotte von der „Deutschen Zeitung“ jagt aus, um die Phrase vom „Schutz der nationalen Wirtschaft“ vom Tode zu erretten — er hat ihr in Wahrheit einen letzten Stoß gegeben!

Die „Deutsche Zeitung“ bezeichnet sich mit Vorliebe als „unabhängiges Organ“. Jetzt wird sie aber als Erlaß für die eingegangene „Nationalpost“ den deutschnationalen Lesern ins Haus geliefert. Die Berliner Deutschnationalen scheinen danach den Böllischen näher zu stehen als den Schiele-Hergt usw.

In Moskau findet in diesen Tagen eine Konferenz der Sowjet-Botschafter in London, Paris und Berlin statt.

Der Natur entgegen.

So gegen Mitte August, denke ich, wird es erreicht sein. Die sogenannte Weltstadt Berlin wird sich dann in eine riesige Sommerfrische verwandelt haben, in einen Bandausenthalt mit wogenden Kornfeldern und lustigen Wiesen, auf denen sanfte Schafe und muntere Ziegen aus Ermangelung von Schafweiden bei den Klängen der Sogophone weiden. Der vernünftige Großstädter wird in dieser lieblichen Landschaft sein Zeit aufbringen oder aus schweren, roh behauenen Granitquadern — sie stehen wirklich zur Verfügung — ein primitives Haus erbauen. Die hohen, ungesunden Mietskasernen aber werden mit Recht dem Verfall entgegengehen. Nur eine oder zwei wird man als Museumsstücke konservieren, damit die aufwachsende Generation später die Torheiten einer vergangenen Zeit belächeln kann. Auch die Verkehrsstraßen ersten Grades werden als Sehenswürdigkeiten stehen bleiben; wer das Verlangen fühlt, zeitweilig der Natur zu entfliehen und im Auto umherzurollen, kann dort seine Gelüste befriedigen. Sonst aber wird die ozonreiche Luft Berlins kein Benzinquasi mehr versuchen. Nicht Straßenbahngebimmel und Autoschuppen werden uns aus unserem Morgenschlummer wecken, sondern der fröhliche Hahnenstreich wird uns zu gesunder Arbeit rufen. Ue ihr staubigen Bureau- und Fabrikräume!

Mitte August, sagte ich, wird es so weit sein. Es kann aber auch schneller gehen. Der Magistrat liebt Ueberschreibungen für seine Bürger. Unter dem Vorwande von Straßenarbeiten wurde das Werk begonnen, um nicht Anlaß zu tätigen, kurzfristigen Einwänden zu geben. Jetzt aber darf man den Schiefer küssen; jeder, der sein Auge über die hohen, romantischen Steinberge schweifen läßt, die sich allerorten erheben, über die Sandhügel, die von Sonne und Regen schon prächtig gebleicht sind, und auf denen bereits die ersten Gräser sprossen, wird angesichts dieser Naturschönheiten aus vollem Herzen bekennen müssen: es war recht getan.

Zu den freundlichsten Bildern, die sich dem Beschauer bieten, gehört auch die Straße Belle-Alliance-Strasse zwischen Gneisenaustraße und Hallesches Tor. Seit der Eröffnung der Nord-Süd-Bahn-Station im vergangenen Herbst dehnt sich hier idyllisch eine märkliche Sandwüste, die sich besonders an trockenen Tagen sehr angenehm bemerkbar macht. Sicher kann man hier im Oktober bereits die nachhafte Kartoffel ernten.

Der Mädchen-Lustmord.

Eine wichtige Feststellung.

Zu dem Mord an der kleinen Senta Eckert erfahren wir, daß es der Nordkommission gelungen ist, ein junges Mädchen zu ermitteln, das eine für die weiteren Ermittlungen äußerst wichtige Bekundung machte. Das Mädchen benutzte am Montag, den 8. Juni, dem letzten Tage der Pfingstferien, den Zug, der um 10 Uhr 16 von Berlin nach Bernau fährt. Es sah in dem Abteil ein Kind, in dem es jetzt ganz bestimmt die Senta Eckert erkennt. Dieses stieg auf dem Bahnhof Gesundbrunnen ein, und ein Herr war ihr beim Einsteigen behilflich. Dieser Herr, der dem Mädchen und dem Kinde dann gegenüber, unterhielt sich während der Fahrt freundlich mit der kleinen Senta. Das Kind soll nur bis Blankenburg gefahren sein. Wenn das junge Mädchen nicht irrt, und es glaubt bestimmt, daß es sich nicht täuscht, so weiß man also jetzt, daß Senta Eckert nicht die Straßenbahn, sondern die Eisenbahn zu der verhängnisvollen Fahrt benutzt hat. Der unbekannt Herr, der wahrscheinlich schon in Berlin eingestiegen war, wird unter Hinweis auf die hohe Bekundung von 3000 M. dringend ersucht, sich umgehend bei der Nordkommission Bernburg-Albrecht im Zimmer 80 des Polizeipräsidiums zu melden, weil er ohne Zweifel weitere Bekundungen machen kann, die für die Ermittlung von der größten Wichtigkeit sein müssen.

Sie wollten den Zug umkippen sehen!

Gefährliche Dummejungenstreiche.

Ein gefährlicher Streich wurde am vergangenen Sonntag auf der Privatsehbahnstrecke Reinickendorf-Liebenwalde — Schönebeck verübt. Als nachmittags um 4½ Uhr ein Zug nach Liebenwalde zu fuhr, verspürte der Lokomotivführer etwa einen Kilometer hinter Reinickendorf auf einer Weiche plötzlich einen heftigen Stoß, der die Maschine stark erschütterte, aber nicht zum Stehen brachte. Er fuhr behutsam weiter und machte auf der nächsten Blockstation Meldung. Diese benachrichtigte die Station Reinickendorf, und mehrere Beamte nahmen von beiden Seiten die Nachforschungen auf. Sie fanden an der Weiche mehrere Schraubennägel, wie sie zur Befestigung von Schwellen benutzt werden, und andere Eisenstücke, die zum Teil von den Rädern der Maschine durchgeschnitten und zum Teil breitgequetscht und teilweise gedrückt worden waren. Einige dieser Stücke waren im Herastück der Weiche, wie die genaue Befestigung ergab, befestigt gewesen. Als die Beamten nach dem Absuchen der Strecke wieder an die Weiche kamen, fanden sie dort abermals ein Eisenstück, das von neuem hingelegt worden war. Es war also offenbar darauf abgesehen, einen Zug zum Entgleisen zu bringen. Die Reinickendorfer Kriminalpolizei, die mit der Eisenbahnverwaltung zusammen die Aufklärung betrieb, ermittelte ein Mädchen, das durch seine Bekundung bald auf die richtige Spur führte. Es hatte auf einem Spaziergange am Sonntag nachmittags in der Gegend drei Jungen beobachtet, die sich dort herumgetrieben hatten. Diese, Schüler einer Reinickendorfer Schule, wurden ermittelte, und zwei von ihnen, ein Leo D. und Fritz H., Jungen von 10 und 13 Jahren, konnten bereits zur Rede gestellt werden. Sie leugneten zunächst, legten aber endlich ein Geständnis ab. Der dritte, der noch nicht vernommen werden konnte, war vor einiger Zeit auf den Gedanken gekommen, einmal einen Zug zum Halten zu bringen. Zu diesem Zweck hatte er ein Paar alte Stiefel auf das Geleise gelegt. Davon hatte der Junge in der Schule gesprochen, und nun waren die beiden anderen mit ihm auf den Einfall gekommen, es einmal mit Eisenstücken zu versuchen. Nachdem sie diese auf der Weiche befestigt hatten, hatten sie sich in einem nahe gelegenen Kornfelde auf die Lauer gelegt, um zu beobachten, wie das wohl aussehe, wenn eine Lokomotive oder ein Eisenbahnwagen umkippe. Nach dem Fehlschlag des ersten Versuches hatte einer von ihnen ein neues Eisenstück hingelegt. Nachdem das aber von den Eisenbahnbeamten gefunden worden war, die sie beobachten konnten, waren sie durch das Komplott hindurch nach der anderen Richtung verschwunden. Die Jungen haben für ihren Streich, der leicht ein großes Unglück hätte anrichten können, eine exemplarische Strafe zu erwarten.

Reichsbannertag in Freienwalde.

Die zweitägige republikanische Tagung in Freienwalde brachte am Sonnabend die Einholung auswärtiger republikanischer Verbände in die in reichem Mägen- und Girlandenschmuck prägnante schöne Hügellandschaft. Sauerländer Herr Koch hielt eine kernige, wirkungsvolle Rede. Der Abend brachte einen Fackelzug und einen überaus stark besuchten Kommerz im Kurtheater. — Der Sonntag begann mit einem Waden, woran sich in ununterbrochener Folge die Einholung weiterer auswärtiger Tagungsnehmer angeschlossen, so daß sehr bald das grüne Freienwalde in die Farben der Republik getaucht erschien. Ein unabsehbarer Reichsbannertag mit unzähligen Fahnen und vielen Musikpöhlen begab sich durch das herrliche Brunnenland nach dem riesigen Festplatz bei den „Heiligen Hallen“. Dort hielt Landtagsabgeordneter Riedel eine stündende Ansprache. Inzwischen hatten sich Tausende von Festteilnehmern auf der markumkränzten Hochwiese gelagert und nun begann die Aufführung der neuen republikanischen Dichtung „Die Freischar“ von Georg Falkenheim, die ein wahrhaftes Bild von den Anfängen der schwarzrotgoldenen Bewegung von 1818 bringt und die aufträumt mit dem Wust von Unwahrhaftigkeit

und Gesichtsfitterung. Die Darstellung hatten Mitglieder der Ortsgruppe Berlin-Kreuzberg übernommen. — Ein farbenprächtiger Rüdmarck brachte die Festgemeinde zur Stadt zurück. — Eine ähnlich machtvolle Rundgebung hat Freienwalde noch nicht gesehen.

Die Fertigstellung der Nord-Süd.

Im Herbst bis zur Bergstraße in Neukölln.

Die Ausbaubarbeiten der südöstlichen Reststrecke der Nord-Süd-Bahn, Seestraße-Bergstraße, Neukölln, sind jetzt beendet. Der Innenausbau wird voraussichtlich, wenn nicht unvorhergesehene Schwierigkeiten eintreten, in zwei bis drei Monaten beendet sein, so daß die Strecke Ende September, Anfang Oktober in Betrieb genommen werden dürfte. Damit ist für Neukölln, deren Arbeiterschaft schon lange unter der unzureichenden Beförderung zur und von der Arbeit leidet, ein langersehener Wunsch in Erfüllung gegangen.

Wenn auch die U.E.B.-Bahn erst im nächsten Jahre Oktober fahrbereit sein dürfte, wird doch durch die baldige Eröffnung der Nord-Süd-Strecke eine große Entlastung der stets überfüllten Straßenbahnen eintreten. Am Freitag voriger Woche beschäftigten zahlreiche Magistratsmitglieder, Stadt- und Bezirksverordnete die ihrer Vollendung entgegengehende Strecke unter Führung des Oberbaurates Jangemeister. Am Hermannplatz kreuzt die Nord-Süd-Bahn die ebenfalls im Bau befindliche Schnellbahn Gesundbrunnen-Neukölln. Die Gleise der Nord-Süd-Bahn liegen hier unter der anderen Strecke. Unsere Leser werden sich nach der heftigen Debatte entsinnen, die gerade über diesen Bauabschnitt in zahlreichen Stadt- und Bezirksverordnetenversammlungen und in der Presse geführt wurden, weil die Meinungen, Kreuzungsbahnhof oder Gemeinschaftsbahnhof, hart auseinander gingen. Die technischen Schwierigkeiten des Gemeinschaftsbahnhofes waren aber so groß, daß schließlich der Gedanke des Kreuzungsbahnhofes siegte. Den Erfahrungen in anderen Großstädten, wie London, folgend, sollen die beiden Bahnhöfe durch eine bewegliche Rolltreppe verbunden werden, die automatisch von der Nord-Süd-Bahn in die Höhe führt und auf der anderen Seite zum Bahnhof der Strecke Gesundbrunnen-Neukölln hinunter. Man hofft dadurch den Massenandrang der Fahrgäste am schnellsten zu bewältigen. Am Hermannplatz wird auch eine Reparaturwerkstatt geschaffen. Im Laufe einer kurzen Besprechung vor der Befestigung der Baustrecke trat Herr Oberbaurat Jangemeister die Nachrichten entgegen, daß durch die Bauten am Hermannplatz zahlreiche Geschäftsteile und Mieter geschädigt würden. Die Nord-Süd-Bahn U.E.B. wird alles tun, was in ihren Kräften steht, um den Bewohnern gesunde Wohnungen in der Nähe zu erstellen. Nebenfalls werden die Häuser erst dann abgerissen, wenn die Ersatzwohnungen fertiggestellt sind. Zehn Häuser mit 200 Wohnungen müssen niedergelegt werden. Acht Häuser befinden sich bereits im Besitz der Gesellschaft, während zwei Häuser wegen allzu hoher Forderungen enteignet werden müßten. Den Geschäftsteilen würden neue Läden zur Verfügung gestellt werden. Mit vielen habe man sich schon geeinigt. Einige seien aber so ungeheuerlich in ihren Forderungen, daß nur die Gerichte entscheiden könnten. Wenn ein Sachverständiger den Schaden eines Ladenbesitzers auf 15 000 M. feststellt, der Geschäftsinhaber aber 90 000 M. fordert, dann allerdings sei eine scheidlich-friedliche Einigung unmöglich. An dem Eigentum einiger Grundbesitzer und Geschäftsteile dürfen die zur Befestigung des Verkehrs notwendigen Bauten nicht scheitern. Das Gesamtinteresse der Bevölkerung entscheidet schließlich.

Die Laune des Verliebten im Freibad.

Im Freilichttheater Volkspark Jungfernheide gelangte am Sonntag „Die Laune des Verliebten“ zum letzten Male zur Aufführung. Die Eintrittskarten berechtigten nach der Vorstellung zur Benutzung des Volksparks. Die alle Besucher des Theaters beschäftigen werden, handelte es sich tatsächlich um das Goetheische Schäferspiel; durch klägliches Leiden über unentgeltlichen Drud der zweiten Eibe des Wortes „Laune“ darf also keineswegs die Vorstellung erwidert werden, als sei nach dem Aufenthalt im Theater die Benutzung des Bades auch unumgänglich nötig gewesen.

Berliner Turn- und Sportwoche.

Das sportfällige Gepräge in der Reichshauptstadt, dem auch das Wetter am Sonntag nachmittags nicht ganz abhold war, nahm am gestrigen Montag seinen weiteren Verlauf. Die Vor- und Nachmittagsveranstaltungen hatten jedoch mehr Glanz als die Vereine, die am Nachmittag zum Sport und Spiel antraten. Der zeitweise wolkenlose Himmel bedeckte sich gegen 6½ Uhr wieder mit Wolken und bald darauf goss es in Strömen. Die Spiele mühten größtenteils abgebrochen werden. U. a. fanden gestern Fuß- und Handballwettkämpfe des B.V. Nichtenberg im Stadion, auf den Sportplätzen Normannen-, Gittel- und Rynaststraße sowie Tresdomöllee statt. Auch im Norden Berlins waren vom B.V. Wedding im Humboldthain und Schillerpark Sportspiele angefaßt. Die Beteiligung war jedoch sehr gering. Einen besonderen Hinweis verdient das am Sonnabend, den 27. Juni, nachm. 3 Uhr, geplante große Sport- und Werbestell der westlichen Schulen und der Jugendarbeits-Organisationen im Schillerpark im Norden Berlins. Veranstalter ist das B.V. Wedding.

Ein großes Gartenfest im „Großen Eirhaus Treptow“ veranstaltet das Bezirksjugendamt Treptow im Rahmen der Turn- und Sportwoche, anstehend an die vom Bezirk erstmalig ausgearbeiteten Bezirksfestspiele, am Mittwoch, den 24. Juni, abends 8 Uhr. Zur Deckung der Unkosten wird der beschriebene Beitrag von 25 Pf. erhoben, der nur durch die uneigennütige Mitarbeit der Turn- und Sportfreie und das Entgegenkommen des Lokalbesitzers seine Erläuterung findet. Das Bezirksjugendamt rechnet daher mit einem starken Besuch, nicht nur der Sportliebenden, sondern auch der sportliebenden Bevölkerungsschichten.

Zu dem Jubiläum in der Ritterstraße 45 am letzten Sonnabend teilt uns der Inhaber der Firma Otto Schob, Germania-Druckerei und Papierwarenfabrik, mit, daß von dem Brande ausschließlich sein Teilbetrieb im Hause Ritterstraße 45 betroffen wurde, dahingegen die Räume, die die Firma Schob noch in der Ritterstraße 71 besitzt, sie in die Lage versetzt, ihren Betrieb ungestört aufrecht zu erhalten.

Wieder ein Autounfall am Bahnübergang.

Köln, 23. Juni. Ein schweres Autounfall ereignete sich heute bei Alsdorf am Wegübergang über die Bahnstrecke Herzogenrath-Stolbach nahe der Brauntalgrube Wilhelmshöhe, wo trotz des unübersichtlichen Geländes Bahnübergang fehlte. Das Lieferauto eines Milchhändlers stieß mit einem Zug zusammen und wurde völlig zertrümmert. Der Wagenführer und der Begleiter erlitten tödliche Verletzungen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Beschäftsstelle: Berlin S. 14, Seebühnenstr. 37. 2. Etz. Kameradschaft Brandenburger Berg. Statt der bereits veröffentlichten Karte gilt die nachstehende: Mittwoch, den 24. Juni, abends 6½ Uhr. Vortrag: „Reichsbanner Str. zwecks Beteiligung an der Fahrt nach Oberhavel.“ — Kameradschaft Kreuzberg. Mittwoch, den 24. Juni, abends 6½ Uhr. Vortrag: „Reichsbanner Kreuzberg.“ — Kameradschaft Kreuzberg. Mittwoch, den 24. Juni, abends 6½ Uhr. Vortrag: „Reichsbanner Kreuzberg.“ — Kameradschaft Kreuzberg. Mittwoch, den 24. Juni, abends 6½ Uhr. Vortrag: „Reichsbanner Kreuzberg.“

Vereinigung für Schul- und Erziehungszwecke, Oberschönweide. Heute Dienstag, abends 8 Uhr, im Rollschuhklub Oberschönweide: Vortrag des Herrn Prof. Dr. über „Moralische, Erziehung und Sittlichkeit“.

Gewerkschaftsbewegung

Die Bergherren als Volksverderber.

Die Profitinteressen gehen vor - Volksgeundheit.

Die grauenhaften Gesundheitsverhältnisse in den Bergarbeiterfamilien haben die Einreichung folgender Interpellation Hülsmann und Genossen im Reichstag veranlaßt: Mit dem Inkrafttreten des Reichs-Knappschaftsgesetzes ist die bis dahin bestandene Mehrleistung in der Krankenversicherung der Knappschaftstassen den Bergarbeitern entzogen worden, weil die Unternehmer durch diese Entziehung einen Druck auf die Bergarbeiter zum Nachgeben in Knappschaftspensionsfragen ausüben wollten.

Mehrfache Versuche, die Vertreter des Bergarbeiterverbandes und der Versicherungsträger im Knappschaftsvorstand, die Familienhilfe durch die Zahlung wiederzuerlangen, scheiterten, da man sich auch in den Regierungsstellen über den Ernst der Lage anscheinend nicht klar war. Wohl betonten die Aufsichtsbehörden, daß der Abbau der Familienhilfe aus gesundheitlichen Rücksichten für das deutsche Volk zu beklagen sei, aber sie hätten keine Handhaben, dem Uebelstand abzuhelfen. Bei dieser Stellungnahme der Aufsichtsbehörden sehen sich die Bergarbeiter gezwungen, durch Selbsthilfe diese notwendige Familienhilfe zu erreichen. Die Möglichkeit hierzu ist gegeben durch den § 89 des Reichs-Knappschaftsgesetzes, wonach auf Grund von Zusatzbeiträgen der Versicherter die Gewährung der Familienhilfe erfolgen kann.

Die Notwendigkeit dieser Selbsthilfe ergibt sich aus dem erschreckenden Gesundheitszustand in den Bergarbeiterfamilien, wie er durch eine Reihe von ärztlichen Berichten bestätigt wird. Staatsarzt Dr. Schröder-Oberhausen sagt in einem Bericht, daß vielfach bei kleinen Kindern bei der Erkrankung an Märsen, Keuchhusten, Scharlach und Diphtherie ärztliche Hilfe verspätet oder überhaupt nicht geholt wurde, und fährt fort: „Da diese Infektionskrankheiten im Kindesalter als Schrittmacher der Tuberkulose anzusprechen sind, ist die Schädigung der Volksgeundheit größer, als sie in der bloßen Zunahme oder in der Vermehrung der Todesfälle an den genannten Infektionskrankheiten zum Ausdruck kommen würde.“

„Häufig wird der Arzt nur zur Ausstellung des Totenscheines oder in ganz schweren Fällen geholt, ausgeleitete Rezepte werden trotzdem in der Apotheke meist nicht vorgelegt, weil kein Geld zur Bezahlung vorhanden.“

Alle Vorgesetzten stimmen darin überein, daß die schleunigste Wiedereinführung der Familienhilfe dringende Notwendigkeit sei. Trotz des ungeheuerlichen Zustandes sind aber die Unternehmer im Knappschaftsvorstand nicht willens, dem berechtigten Verlangen der Versicherer nachzukommen, dessen Durchführung die Unternehmer finanziell gar nicht belastet.

Was gebietet die Regierung zu tun, um den unbegründeten Widerstand der Unternehmervertreter im Knappschaftsvorstand zu brechen, und ist insbesondere die Aufsichtsbehörde bereit, auf Grund der ihr zustehenden Rechte die Familienhilfe nach den Vorschlägen der Arbeitervertreter schleunigst anzuerkennen?

Wenn die Unternehmer und das Reichsarbeitsministerium sich den Wünschen der Versicherer gegenüber ablehnend verhalten und auf die Regelung dieser Frage durch die in den nächsten Tagen zur Vorlage kommende Novelle zum Reichs-Knappschaftsgesetz verzichten, so ist das eine ganz unverantwortliche Haltung. Bei der Lage im Reichstag ist es ganz ausgeschlossen, daß die Knappschaftsnovelle vor dem Herbst erledigt wird. So lange kann und darf man aber die katastrophalen Verhältnisse, das Fehlen fast jeder ärztlichen Hilfe für die Bergarbeiterfamilien, nicht andauern lassen.

Wenn der Reichsarbeitsminister bei seinem bisherigen Standpunkt bleibt, übernimmt er eine persönliche Verantwortung für die Fortdauer eines untragbaren Zustandes!

Die Aussperrung der Holzarbeiter.

Es bröckelt weiter ab.

Kassel, 23. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Gestern wurde vor dem Schlichtungsausschuß in dem Lohnstreit in der Holzindustrie ein verbindlicher Schiedsspruch für die größte Kassefeler Möbelfabrik gefällt, wonach der Spitzenlohn von 74 auf 90 Pf. die Stunde erhöht wird. Dieser Schiedsspruch dürfte auch für die übrigen Unternehmungen der Kassefeler Holzindustrie ausfallgebend sein.

Neussadt a. d. D., 23. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die hier auf Anordnung des Arbeitgeberverbandes der Holzindustrie zunächst durchgeführte Aussperrung der Holzarbeiter ist beendet, und zwar durch die eigene Initiative der Unternehmer, die an die Holzarbeiter die Einladung zur Wiederaufnahme der Arbeit ergeben ließen. Die Unternehmer haben nachträglich eingesehen, daß die ganze Aussperrung sinnlos und fruchtlos ist.

Was geht bei der Reichsbahn vor?

Bezugnehmend auf die Notiz, die unter vorstehender Ueberschrift in unserer heutigen Morgenausgabe erschienen ist, teilt uns Ministerialdirektor Hühler mit, daß sein Rücktritt ausschließlich mit seinem erschlafften Gesundheitszustand zusammenhängt. Andere Motive spielten dabei keine Rolle.

Wir nehmen von dieser Erklärung Kenntnis, die die von uns mitgeteilte Tatsache im wesentlichen bestätigt, behalten uns jedoch vor, auf die Angelegenheit noch zurückzukommen. Die Reichsbahn ist ein öffentlicher Betrieb und unterliegt der öffentlichen Kritik. Es kann vor allen Dingen der Öffentlichkeit nicht gleichgültig sein, welche Personalpolitik — auch in den leitenden Stellen — dort getrieben wird.

Blutsauger!

Uns wird geschrieben:

Eines der schlimmsten Gebiete blutsaugerischer Ausnutzung menschlicher Arbeitsleistung dürfte das des Adressenschreibens sein, zu dem außerste Notlage die Armen der Armen scharenweise treibt, um sich vor elendem Hungertode zu bewahren.

Nicht die Schlechtesten sind es, die zu dieser ebenso geisttötenden als nervenzerrüttenden Arbeit die letzte Zuflucht nehmen, die, teils nach langer Erwerbslosigkeit — sich genießend, Arbeitslosenunterstützung von unserem herrlichen Bankrottsstaat in Anspruch zu nehmen — lieber für lumpige Bettelsummen einen Sklavendienst leisten, dessen Bitterkeit nur diejenigen zu ermessen vermögen, die die abhebbende Fronarbeit des stupiden Adressenschreibens bereits einmal kennengelernt haben.

Geradezu himmelschreiend ist es, daß diese unglücklichen Geschöpfe die aufreibende Massenarbeit in den meisten Fällen obenbrein noch in dumpfen, staubigen Büroräumen zu leisten haben, oft förmlich aneinandergepreßt, so daß jedem Einzelnen vielleicht nur zirka 0,50 Quadratmeter Tischplatz zur Verfügung steht, der nicht einmal genügt, das Arbeitsmaterial zur schnellen Bewältigung hinreichend geordnet zu halten.

Ist es da ein Wunder, wenn Seuchen und Schwindsucht in immer verheerenderem Ausmaß um sich greifen? Hier sind Brustläsionen infizierender Vollstrankheiten! Hier liegen der Gesundheitsdienst ein reiches Arbeitsfeld! Hier liegen nur direkt gesundheitsuntergrabende Raum- und Arbeitsverhältnisse vor, sondern hier ist, selbst sogar noch ausnahmsweise die Büroräume einmal allen hygienischen Anforderungen genügen sollten, auch ein soziales Elend vorhanden, das unserer gereiften „Kultur“ und „Zivilisation“ direkt einen Faustschlag ins Gesicht versetzt.

Die Leute die sich hier notgetrieben zusammenfinden, erhalten 3. B. bei dem bekannnten großen Adressenverlag T. sage und schreibe für 1000 Adressen 2,50 M.!

Ist das nicht eine unerhörte, unverantwortliche Ausnutzung der durch die allgemeine Erwerbslosigkeit geschaffenen äußersten Notlage der Ärmsten, die zugreifen müssen, nur um sich am Leben zu halten? — Volle Tagesarbeit, Fortsetzung des Adressenschreibens abends zu Hause, wobei sogar noch Familienmitglieder mithelfen, bringt in einer ganzen Woche den respektablen Verdienst von 9.— (neun Mark).

Und nun die Rehrseite: Also die Ärmsten der Armen, die Schindkinder, erhalten per 1000 Adressen, wie ich aus sicherer Quelle festgestellt habe, in beflagtem Fall 2,50 M.! Die Adressenverläge sollen jedoch von Firmen, in deren Auftrag sie die Adressen unter Aufsaugung dieser Unglücksraben abschreiben lassen, für 1000 Adressen 15.— M. beziehen!

Welch himmelschreiendes Mißverhältnis! Wo bleibt da der Staatsanwalt? Es stehen sich gegenüber 2,50 M. und 15.— M., also: Bucher! Aber freilich, die Staatsanwälte haben andere Sachen im Kopf, als gegen solche Blutsauger vorzugehen.

Schiedsspruch in der Vergolder- u. Bilderrahmenbranche.

Am Montagabend waren in den „Andreasalen“ die Berufsangehörigen der Vergolder- und Bilderrahmenbranche versammelt, um zu dem vom Schlichtungsausschuß gefällten Schiedsspruch Stellung zu nehmen. Boese gab den Bericht von den gepflogenen Vorverhandlungen. Nachdem sich die Parteien trotz zweimaligen Verhandeln nicht einigen konnten, wurde der Schlichtungsausschuß angerufen. Dieser fällte am 19. Juni einen Schiedsspruch, der im wesentlichen für Facharbeiter über 22 Jahre eine Erhöhung des Tariflohnes auf 96 Pfennig vorsieht. Die Tariflohnne erhöhen sich im gleichen Prozentsverhältnis. Der Schiedsspruch gilt von der Lohnwoche, in der der 19. Juni liegt, bis zu der, in die der 15. September fällt.

Die Versammlung drückte in einer regen Aussprache ihren Unmut aus über die geringe Lohnhöhung und besonders über die

lange Geltungsdauer des Schiedspruches. Nur mit Rücksicht auf die Kämpfe, die die Organisation augenblicklich führt, wurde der Schiedsspruch mit einer knappen Mehrheit angenommen.

Betreffs der vom Verbands beschlossenen Erhebung von Extrabeiträgen zur Unterstützung der ausgesperrten Mitglieder im Reich waren die Versammelten völlig einmütig, den Kämpfern durch Zahlung dieser Beiträge zum Siege zu verhelfen.

Verhandlungen im Bankgewerbe. Wie der Allgemeine Verband der deutschen Bankangehörigen mitteilt, finden am Freitag, den 26. Juni, im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen über die Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Reichstarifvertrages für das Bankgewerbe statt.

Wirtschaft

Bringen Schutzzölle billigeres Getreide?

In interessanter Weise tritt Felix Vinner im „Berl. Tageblatt“ den Illusionen entgegen, die die Reichsregierung mit ihrer Begründung der Zollvorlage zu erwecken sucht. Er schreibt unter anderem:

Man wird abzuwarten haben, ob die starke Passivität der Handelsbilanz in den nächsten Monaten von selbst zurückgehen wird, oder ob sie durch drakonische Mittel zurückgezwungen werden muß. Keineswegs wird man sich auf die merkwürdige Theorie verlassen dürfen, die neuerdings von den Kreisen, die hochschutzzöllnerische Tendenzen verfolgen, zur Unterstützung dieser Tendenzen mobil gemacht worden ist. Die Schutzzölle, so argumentieren jene Kreise, bremsen die Einfuhr, sie befähigen die inländische Produktion, die Erzeugung zu erhöhen und den Bedarf des inländischen Konsums ohne Inanspruchnahme des Auslandes in höherem Maße zu decken als bisher. Ja, sie führen auf dem Wege über diese Produktionssteigerung sogar zu einer besseren Ausnutzung der inländischen Betriebe und ermöglichen dadurch die Herbeiführung niedrigerer Preise auf dem Inlandsmarkt. Mit solchen Argumenten hat kürzlich der Reichsernährungsminister Ranke keine zollpolitischen Vorschläge, insbesondere keine Getreidezölle, zu stützen gesucht. Gerade gegenwärtig spielen sich aber auf dem deutschen Lebensmittelmärkte Vorgänge ab, aus denen ersichtlich ist, daß alle diese schönen Verbilligungstheorien pure Spiegelfechtereien sind. Allem Anschein nach stehen wir in Deutschland vor einer recht guten Ernte, die uns in den Stand setzen wird, erheblich größere Getreidemengen im Inlande aufzubringen als in den Vorjahren und uns von Bezügen aus dem Auslande wesentlich unabhängiger zu machen als seit langem. Hierin liegt zweifellos einer der Lichtpunkte unserer ganzen Lage, denn die Getreidezufuhren aus dem Auslande verursachen einen erheblichen Teil des deutschen Einfuhrüberschusses, und ihre Verringerung müßte folgerichtig der deutschen Handelsbilanz zugute kommen, so daß nach der neuen Ernte von selbst ein Abbau der Passivität eintreten würde. Wenn nun aber eine Erhöhung der Produktion, wie dies die Befürworter der Schutzpolitik behaupten, eine verbilligende Wirkung auf die Preise ausüben würde, so müßten die jetzt in Aussicht stehenden günstigen Ernteeergebnisse preisdrückend auf den Inlandsmarkt wirken. Statt dessen haben wir in den letzten Monaten ein Anziehen der Preise für Getreide und sämtliche Lebensmittel zu verzeichnen gehabt, ein Zeichen dafür, daß nicht die Aussichten auf eine Steigerung der inländischen Produktionsmenge, sondern die Aussichten auf die Getreidezölle in Verbindung mit der gleichzeitig vorgenommenen Regelung der Getreidezufuhr nach dem System der von früher her bekannnten Ausfuhrzölle die Preise bestimmen.“

Der Augenschein spricht also gegen Ranke. Aber wirtschaftliche Gründe ernsthafter Natur haben ja, wie das ablehnende Urteil fast der gesamten Wissenschaft bestätigt, bei der Einbringung der Zollvorlage keine Rolle gespielt.

Schwierigkeiten in der Schokoladenindustrie. Die Hoffmann-Schokoladen Kommanditgesellschaft auf Aktien in Berlin und ihre persönlich haftenden Gesellschafter haben den Antrag gestellt, die Geschäftsaufsicht über ihr Vermögen anzuerkennen, weil die künftigen Mittel der Gesellschaft zurzeit nicht ausreichen, alle fälligen Verbindlichkeiten zu erfüllen. Nach dem aufgestellten Status stehen rund 5,5 Millionen Aktien rund 8 Millionen Passiven gegenüber.

Verantwortlich für Politik: Helmut Schifff. Wirtschaft: Arthur Salernus. Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner. Familien: Dr. John Schönmel. Soziales und Sozialen: Fritz Kersch. Wägen: Th. Gieseler. Familien in Berlin. Verlag: Hermann-Berger & Co. Berlin. Druck: Hermann-Berger & Co. Berlin. Verlagsanstalt: Paul Singer & Co., Berlin SW 6, Lindenstraße 3.

Haben Sie Wanzen? So gebrauchen Sie Mothesin.

Unfehlbares Spezial-Mittel zur radikalen Vernichtung der Wanzen und deren Brut. Absolut sicher und schnellste Wirkung. Preis Flasche L.—, 2,50 und 4.— M. Nur allein echt bei Arth. Mothes, Berlin R. M., Simeonsdamm-Strasse 41. Gegen Schwaben, Russen, Franzosen und Jüdchen um. Wotten nicht Brut helfen nur wir als vorzüglichster anerkannter Spezial-Mittel in Schacheln à L.— M.

Erholungsheim Luthkurort Eberswalde, Poststr. 54, direkt am Walde in wunderb. Lage. Preis pro Bett 3 M.

Zähne

1 und 2 Mark. Goldkronen von 8 Mark an. Persönliche fachmännische Behandlung. Wöchentliche Teilzahlung gestattet. B. Wolff, Charlottenburg, Berliner Straße 110. Nähe Wilhelmplatz.

Nagelpflege-Garnituren Kopp & Joseph BERLIN W in vornehmer Ausstattung. Potsdamer Str. 122.

Mairol Spezial-Dünger für Topfpflanzen. Verstaffet Blüten- u. Blätterpracht. 30% erhöht. In Drogerien, Apotheken, Blumen- u. Samenhandl. Hersteller Gebr. Maier, Heidenheim a. Br.

Auf Teilzahlung Herren-Knaben Garderobe Gummimäntel f. Damen. Geringe Wochen- oder Monatsraten. Bettwäsche, Gardinen, Teppiche, Korbmöbel, Metallbetten. Antel, Gr. Frankfurter Str. 34. Strausberger Platz. Gegründet 1901. **Ein grauer Kopf** macht 10 Jahre älter! „Alcolor“ macht echt u. natürlich, garantiert unerschütterlich. In allen Farben. 34 M. 2,75. In Dispensar neu bei Otto Reimel, Berlin 43 50, Eisenbahnstr. 1.

Zur Reise Billige Preise im:

Wir bringen der Groß-Berliner Bevölkerung eine Reihe staunenswerter billiger Angebote in guter Ware

Damen-Spangen- und Schnürschuhe , moderne Formen M. 5 ⁹⁰	3000 Paar Damen-Weiß-Leinen Schnür- u. Spangen-Schuhe , mod. Formen, gute Ledersohlen 1 ⁹⁵	Herren-Stiefel echt Boxrind, mod. Form. 6.90, ders. in Spalleder 5 ⁹⁰
Mod. Spangen- u. Schnürschuhe sowie Pumps braun u. schwarz, Boxkalf Chevreau und R'Chevreau, moderne Formen, amerik. Absatz M. 7.90, 8.90	5000 Paar Affenhautschuhe , Wildleder imll., grau, braun u. schwarz, zum Schnüren, gute Ledersohlen, gutes Material Serie I 4.90, Serie II 3 ⁹⁰	Herren-Halbschuhe braun Rindbox, sehr gutes Fabrikat M. 9 ⁸⁰
Mod. Fächer pange u. Spange in braun Boxkalf und Lack mit moderner farbiger Verzierung, echt Louis XV. Absatz M. 13.90	1500 Paar Lack- u. braun u. schwarz Boxkalf-Spangen- u. Schnürschuhe , sowie Lack-Pumps, gut. Fabrikat, mod. Formen, amerik. u. halbhoher Absatz 9 ⁸⁰	do. m. grau Einsatz 13.90, schwarz echt Chevreau, Rand weiß gedoppelt M. 12 ⁸⁰
Mod. 1 Spangen-Schuhe , braun oder schwarz, echt Louis XV. Absatz, sehr fesch 9 ⁸⁰		Herrenstiefel und Halbschuhe, braun und schwarz, moderne Formen, gutes Material M. 11.90, 12.80, 14.80 10 ⁸⁰

Sandalen braun Rindleder, erstklassiges Fabrikat, 2mal weiß gedoppelt, mit Doppelsohlen 25-26 M. 4.45, 27-30 4.95, 31-35 5.95, 36-40 6.90, 41-42 7.45, 43-46 7.95 M. 3⁹⁵

Pantoffel (Herren) M. 0.75, für Damen . M. 1.65

Damen-Haus- u. Spangenschuhe 2⁹⁵ Leder oder Stoff mit Ledersohlen M.

Reiseschuhe einstückend, Dirmatstoff f. Dam. M. 1.35 für Kinder M. 1.15

Turnschuhe mit angegossener Gummisohle oder Ledersohle. Kinderstiefel und Spangenschuhe in braun, schwarz und feinfarbig billig

Schuh-Lokal Münzstr. 25 // Kolbuser-Damm 13 // Frankfurter-Allee 54